

**Entstanden ist eine
Analyse, die gleichzeitig
für eine emanzi-
patorische politische
Bildung Partei ergreift.**

Alexander Lorenz-Milord

Kann politische Bildung neutral sein?

.....
Klaus Ahlheim: Beutelsbacher Konsens?

Politische Bildung in Zeiten von AfD und Co.

Ulm (Klemm+Oelschläger) 2019, 44 S. 10,00 €
.....

Im Herbst 2018 hatten mehrere Landtagsfraktionen bzw. Landesverbände der Alternative für Deutschland (AfD) medienwirksam Internetportale mit Titeln wie „Neutrale Schule“ oder „Neutrale Lehrer“ eingerichtet. Mit ihnen können der Rechtsaußenpartei Lehrkräfte gemeldet werden, die angeblich das Neutralitätsgebot verletzen. Groß war der Protest von Pädagoginnen und Pädagogen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und den Fachgesellschaften der politischen Bildung. Ein Vorwurf: Das Gebot parteipolitischer Neutralität an Schulen werde irreführend als Pflicht zur Wertneutralität dargestellt. Sowohl die Betreiber/-innen als auch die Gegner/-innen der Online-Plattformen beriefen sich in der Auseinandersetzung auf den sogenannten Beutelsbacher Konsens.

Warum dieser im bildungspolitischen Streit offenbar „kein hinreichend sicheres Argument“ (32) mehr ist, erläutert der emeritierte Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim in seinem Essay. Er nimmt die Debatte um die AfD-Meldeportale zum Anlass, die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schülerorientierung – auf ihre aktuelle Bedeutung hin zu prüfen.

In den ersten Textabschnitten zur Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte erinnert der Verfasser daran, dass der 1976 ex post zustande gekommene Konsens in erster Linie für die politische Bildung an öffentlichen Schulen relevant ist. Für Veranstaltungen der außerschulischen Bildung hingegen sei „nicht nur Vielfalt, sondern in der Vielfalt der Träger und Institutionen auch Parteilichkeit der je einzelnen Träger konstitutiv“ (15). Die unterschiedlichen Bildungsträger könnten, ja sollten ihre Positionen durchaus offensiv

parteiisch und interessengeleitet vertreten. Freiwillige Teilnehmer/-innen entsprechender Veranstaltungen würden die gehörten Positionen durchdenken, „abwägen und zu einem selbstständigen eigenen Urteil kommen“. Diese „bildungsoptimistische Annahme“ (16) gilt Ahlheim zufolge für den gesamten Bereich der außerschulischen politischen Bildung.

Der Forderung nach einer strikten Über- und Unparteilichkeit in der politischen Andragogik erteilt er im sich anschließenden Abschnitt daher eine klare Absage. Erwachsene Besucher/-innen wüssten durchaus mit der weltanschaulichen Bindung des jeweiligen Trägers und seiner Multiplikator/-innen umzugehen „und erwart[e]n sie sogar bisweilen“ (20).

Zu den „Tücken“ (23) des Kontroversitätsgebots gehören für ihn die Fragen, welche Themen im Schulunterricht berücksichtigt und kontrovers diskutiert werden sollen und wer zu etwaigen Grenzziehungen berechtigt ist. In der Auseinandersetzung mit den Positionen einzelner Fachkollegen bemängelt der Autor, dass sich die Theoretiker/-innen der politischen Bildung in Deutschland inzwischen überwiegend von sozialkritischen Themen und „utopiefähige[n] pädagogische[n] und politische[n] Positionen“ (26) verabschiedet haben.

Der Beutelsbacher Konsens, so sein nüchternes Zwischenfazit, sei heute ein Minimalkonsens, der lediglich an didaktische Selbstverständlichkeiten erinnere. Er enthalte Handlungsanweisungen an die Lehrenden, „nicht mehr und nicht weniger“ (28). Mit ihm allein sei grassierenden Vorurteilen, menschenfeindlichen Einstellungen und irrationalen Weltanschauungen nicht beizukommen.

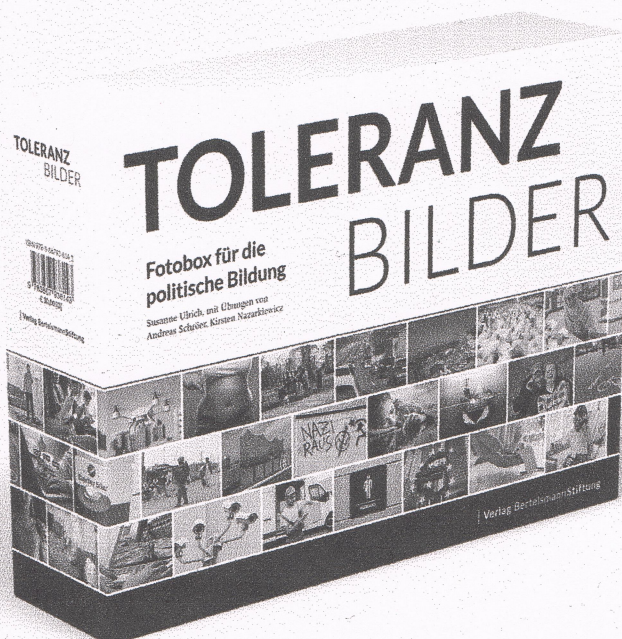
Im Sinne der Schülerorientierung brauche es dafür die Vermittlung von Wissen, „das Dinge erklärt und ordnet, das Zusammenhänge herstellt“, das „Verstehen und Handeln gleichermaßen“ ermöglicht und das den Lernenden „Raum lässt, ihre eigene Position zu entwickeln“. Gleichzeitig bedarf es der Bereitschaft der Didaktiker/-

innen „sich – durchaus parteiisch – in den politischen Streit einzumischen“ (35). Der Verfasser plädiert für eine „gesellschaftskritische politische Bildung, die darüber nachdenkt und sagt, was sie wie, warum und vor allem in welchem Interesse betreibt“ (39), kurz: Position bezieht. Das Überwältigungsverbot bleibe davon unberührt, solange die Lehrerin bzw. der Lehrer die eigene Haltung begründet, zur Diskussion und zur Disposition stellt.

Mit dem vorliegenden Text ist es Klaus Ahlheim gut gelungen, eine breite Debatte in einem schmalen Büchlein darzustellen. Entstanden ist eine Analyse, die gleichzeitig für eine emanzipatorische politische Bildung Partei ergreift. Wer reaktionäre Geister mit den Mitteln der Pädagogik vertreiben will, der sollte es zur Hand nehmen.

Alexander Lorenz-Milord, Studium der Geschichte und Religionswissenschaft an der Universität Potsdam, Redakteur bei „Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung“, u. a. in der außerschulischen historisch-politischen Bildung tätig.

Fotobox für die politische Bildung



Susanne Ulrich,
mit Übungen von Andreas Schröer,
Kirsten Nazarkiewicz

Toleranz-Bilder

Fotobox für die politische Bildung

2020, 63 Fotokarten mit Begleitbuch
in handlicher Box
€ 30,- (D)
ISBN 978-3-86793-814-3

Bilder spielen in der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit eine wichtige Rolle. Weil sie Emotionen und innere Bilder hervorrufen. Auf diese Weise können Haltungen reflektiert und bestenfalls verändert werden. Das ist besonders wichtig, denn Phänomene wie Rassismus, Intoleranz, soziale Konflikte, Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung erfordern kritische Reflexionen und neue Haltungen, um richtig mit ihnen umzugehen. Die Box enthält 63 Fotos zu Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Umwelt, Digitalisierung und Globalisierung.